



DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION: BEDROHUNG ODER CHANCE FÜR DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES SÜDENS?

Prof. Dr. Kum' a Ndumbe III., AfricAvenir/Kamerun

Was bedeutet die Erweiterung der Europäischen Union für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens? Eine Bedrohung oder eher eine Chance? Welche Rolle spielen oder könnten Nichtregierungsorganisationen in diesem Kontext spielen?

I.- Die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens als Kind des kalten Krieges

These 1:

Die Entwicklungszusammenarbeit ist als Kind des kalten Krieges in die Wiege der internationalen Beziehungen gelegt worden. Nach dem 2. Weltkrieg erhoben sich die Kolonialvölker gegen ihre Kolonialherren. Sie verlangten die Freiheit, die ihnen im Kampf gegen den Hitlerfaschismus versprochen worden war. Als das Versprechen nicht eingehalten wurde, nahmen sie den Kampf wieder auf, bis das gesamte Kolonialsystem ernsthaft erschüttert wurde. Parallel zu dieser Entwicklung hatte sich ein Blocksystem in Ost und West etabliert, und jedes Lager umwarb die neuen unabhängigen Staaten, die ein Stimmrecht in den Vereinten Nationen bekamen und völlig neue Verhältnisse vor allem in der Vollversammlung der UN geschaffen hatten. Entwicklungshilfe entstand als Mittel, die neuen Staaten politisch, wirtschaftlich, militärisch und manchmal sogar kulturell in das eigene Lager festzubinden.

These 2:

Bevor die meisten dieser Länder von den Kolonialmetropolen in die Unabhängigkeit entlassen werden konnten, wurden schon Strukturen in Europa erdacht und geschaffen, um die Einbindung der ehemals kolonialisierten Länder sicher zu stellen. Für Afrika trifft dies ganz besonders zu. Noch vor und während des zweiten Weltkrieges wurden Pläne zu einer „kolonialen“ oder „tropischen Ergänzung“ des gewaltsam neugeordneten und vereinten Europas in Form eines „Mittelafrikanischen Kolonialreiches“ ausgearbeitet. Die „Kolonialwirtschaftliche Denkschrift“ des Direktors der Deutschen Bank, Kurt Weigelt, vom

Juli 1940 und viele andere Dokumente verschiedener Reichsministerien¹ belegen diese Absicht, vor allem Afrika südlich der Sahara als globale „tropische Ergänzung“ eines bis nach Osten erweiterten und vereinten Europas zu gebrauchen.

In der Ost-West-Konstellation nach dem Krieg wurde am 25. März 1957 der EWG-Vertrag unterzeichnet, also bevor die afrikanischen Länder unabhängig wurden. Dennoch wurde in Artikel 101 und 131 dieses Vertrages die Assoziierung zwischen der EWG und den afrikanischen Ländern festgeschrieben. Die Einbindung war also strukturiert und umgesetzt, bevor diese Länder ihre internationale Souveränität erlangten. Das internationale Machtverhältnis verfestigte diese Strukturen nach der Unabhängigkeit und erweiterte sie durch die vier nacheinander folgenden und immer wieder verbesserten Abkommen von Lomé von 1975- 1991 auf insgesamt 71 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik.²

II.- Die Entwicklungszusammenarbeit mit Osteuropa als weiteres Kind am Ende des kalten Krieges

These 3:

Der Traum einer faschistischen Neugestaltung Europas mit entscheidender Osterweiterung wurde mit dem Ende des 2. Weltkrieges zerschlagen. Mit dem danach auftretenden Ost-Westgegensatz und der Zusammenführung der Ostblockländer im Comecon entstand eine relativ konkurrenente Struktur in der Entwicklungshilfe. Auch der Osten versuchte durch sog. „Clearingabkommen“ im Handelsaustausch und durch militärische Kooperation mit den Ländern des Südens diese an den Osten festzubinden. Es gelang dem Osten jedoch nicht wesentlich, in diesen Ländern Fuß zu fassen und der EWG gefährliche Konkurrenz zu machen. Auch die Solidaritätsbewegungen in diesen Ländern hatten mehr politisches als wirtschaftliches oder entwicklungspolitisch relevantes Gewicht.

Noch vor dem Ende des kalten Krieges war klar festzustellen, daß der Ostblock, trotz finanzkräftigem Waffenverkauf, weit weniger Einfluß in diesen Ländern hatte als der Westen oder die EU, die in Afrika z.B. zum westlichen Partner wurde. Es kam auch zu keiner Assoziierung zwischen dem Comecon und den afrikanischen Ländern. Der Comecon lehnte

¹ Kum' a Ndumbe III., Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas, Frankfurt, 1993

² Kum' a Ndumbe III., Was will Bonn in Afrika? Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, Kap. IV Die Integration Afrikas in die Wirtschaftszone Westeuropas durch EWG-Assoziierung als Prinzip der BRD-Afrika Politik, S. 187 ff, Pfaffenweiler 1992

sogar Anfragen zur Assoziierung von Ländern wie Angola nach der Unabhängigkeit ab. Diese Länder wandten sich daraufhin an die EU für eine Assoziierung.

These 4:

Der kalte Krieg endete mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Dieser Sieg des Westens, der ohne Blutvergießen zum Schluß errungen wurde, brachte die Länder der EU in eine entscheidend stärkere Machtposition in Europa, während der ehemalige Ostblock in kleinere, wirtschaftlich bedürftige Staaten zerfiel. Die neuen unabhängigen Staaten erwiesen sich politisch schwach, brauchten dringend wirtschaftliche Hilfe, und schwammen somit in das Flußbett des von der EU erdachte Konzept Europas. Im Zuge dieser Entwicklung stellte die EU vor allem zwei Programme zugunsten dieser Länder auf: die Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States (TACIS-Programm) und die „Poland and Hungary Action for Restructuring of the Economy“ (PHARE-Programm), das nach den ersten Empfängerländern benannt wurde. Daraus ergibt sich eine Abhängigkeit der Länder Mittel- und Osteuropas (MOE) der EU gegenüber, und eine Anbindung dieser Länder an die EU.

III.- Die unterschiedliche Bedeutung des Dialogs für Süd und Ost in der Entwicklungszusammenarbeit mit der EU

These 5:

Die Assoziierung der AKP-Länder schafft eine entscheidende Einflußsphäre der EU im Süden, wobei die Erfahrung der letzten vierzig Jahre gezeigt hat, daß es sehr fraglich bleibt, ob die Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Staaten Entwicklung vorangetrieben hat oder nicht. Die Osterweiterung jedoch strebt eine völlige Integration des „Hauses Europa“ an, und damit die Errichtung einer stabilen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Einheit mit Weltmachtkapazität und vielleicht auch Weltmachtambitionen. Innerhalb dieses neuen Hauses Europa wird es unterschiedliche Entwicklungsstufen in den einzelnen Regionen geben, wobei zur Erreichung und Bewahrung der Stabilität die Bestrebung halten wird, diese Entwicklungsstufen anzunähern oder anzugleichen.

These 6:

Der Dialog zwischen der EU und den AKP-Staaten wurde Jahrzehnte lang von dem Verhältnis Geber und Empfänger so stark geprägt, daß auch wenn die EU einen echten

Dialog mit Zweibahnstraße zu suchen angibt, die AKP-Länder im wesentlichen noch nach diesem Muster funktionieren: was will die EU? In welchen Programmen investiert sie Gelder? Und danach werden Programme und Projekte von den AKP Ländern vorgeschlagen. Die wesentliche Frage in dieser Nord-Süd-Zusammenarbeit bleibt: ist es möglich, Programme und Projekte zu finanzieren, die von den jeweiligen AKP - Ländern aus eigener Initiative konzipiert wurden und nicht schon im Fahrwasser der EU-Konzepte lagen? Kann man über die Nachhaltigkeit von Programmen und Projekten hinaus die Entwicklungseffizienz, also die Fähigkeit Entwicklung überhaupt durch Entwicklungszusammenarbeit anzukurbeln als oberste Priorität betrachten und fördern?

Diese Frage wird sich nun auch in den Beziehungen zwischen der EU und Osteuropa stellen müssen. Denn: inwiefern konzipieren die Osteuropäer selber die Wege der eigenen Entwicklung, inwiefern führen sie nur im wesentlichen das aus, was die EU an Konzepten Strukturen und Umsetzungsprogrammen für Osteuropa erarbeitet hat? Der Dialog zwischen der EU und den Ländern Osteuropas wird unvermeidlich diesen grundlegenden Aspekt in Betracht ziehen müssen.

In diesem Kontext wäre ein Austausch zwischen den Ländern des Südens und den Ländern Osteuropas von Bedeutung. Welche Erfahrungen haben die Länder des Südens in der Zusammenarbeit mit der EWG und dann mit der EU seit vierzig Jahren gesammelt? Wo lagen die Stärken, die Schwächen und die Fallen? Inwiefern gibt es Ähnlichkeiten zwischen Süd und Ost, wo allgemein und wo speziell, und welche Initiativen wurden vor Ort ergriffen, um Lösungen zu finden und Entwicklung zu fördern?

Verschiedene Hürden werden sich hier stellen:

Ist ein direkter Dialog Süd-Ost überhaupt erwünscht? Wer wird ihn finanzieren? Wird er über die EU gehen müssen, weil gar nicht anders finanzierbar? Wird der Osten psychologisch annehmen können, er könne von den Erfahrungen der Länder des Südens lernen und profitieren? Noch vor einem knappen Jahrzehnt gehörten die Länder des Osten zu den Geberstaaten mit der Gebermentalität in den Beziehungen zum Süden. Daraus haben sich auch Verhalten entwickelt. Wird nun ein wirklicher Austausch möglich? Haben Länder des Osten und des Südens überhaupt Interesse an einem solchen Dialog und sind sie bereit, ihn auch finanziell zu unterstützen? Haben sowohl die EU als auch andere internationale Finanzinstitutionen überhaupt Interesse an einem Süd-Ost-Dialog? Was wird er den Geldgebern bringen?

Das Beispiel des Süd-Süd-Dialogs kann uns einige Ansatzpunkte geben. Diese Beziehungen, obwohl so wichtig und in den Memoranden und Kommuniqués internationaler

Institutionen immer wieder stark betont, sind kaum ausgebaut. Die Erfahrungen in einem Land des Südens werden in anderen Ländern des Südens kaum wahrgenommen. Die Struktur der internationalen Beziehungen hat eine Straße gebaut, die von den einzelnen Ländern des Südens nach Norden, und hier speziell nach Europa führt und umgekehrt. Die Querstraßen von Süd nach Süd sind marginal geblieben und haben kaum Einfluß auf die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Wenn nun dieser Dialog für Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Ländern des Südens selbst marginal geblieben ist, warum und durch welche Mittel sollte der Dialog zwischen Ost und Süd heute an Bedeutung gewinnen?

Oder wird man von Trialog eher als EU-Initiative sprechen, wobei auch dieser Trialog über die EU gestaltet, also auch in gewisse Bahnen gelenkt wird? Können Regierungsorganisationen überhaupt aus der Reihe tanzen und eine eigene, vom EU-Geldgeber nicht abhängige Politik gestalten und umsetzen?

Diese kritischen Fragen deuten nur auf die Schwierigkeit hin, die auch Nichtregierungsorganisationen in Erwägung ziehen sollten.

Abschließende Bemerkung: Zum Stellenwert der NGO in diesem Trialog

Die wachsende Bedeutung von NRO in der Entwicklungszusammenarbeit bietet neue Wege und Freiräume den staatlichen Strukturen gegenüber, die ausgebreitet werden müssen. Durch die Strukturierung in Dachverbänden haben NRO an politischen Einfluß gewonnen und können staatliche und suprastaatliche Entscheidungen immer stärker mitprägen. Die Chance wird sowohl von EU-NRO als auch von Süd-NRO wahrgenommen. In den Ländern des Südens wird auch durch diese NRO und durch alte traditionelle Strukturen allmählich eine Zivilgesellschaft gestärkt, die sich zu Wort meldet und in den jeweiligen Ländern politische Entscheidungen mitzubeeinflußen versucht. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern des Osten zu der Zeit nach dem kalten Krieg wird auch eine neue Komponente in der Innen- und Außenpolitik dieser Länder bringen und neue Gesprächspartner für den Dialog in der Entwicklungszusammenarbeit liefern.

Die Chance für einen Trialog besteht darin, daß die Zivilgesellschaft durch die NRO in ihren jeweiligen Staaten und supranationalen Strukturen an Selbstbewußtsein und an politischen Einfluß gewinnen, um die Entwicklungszusammenarbeit in Bahnen zu lenken, welche den mündigen Bürger zum wesentlichen konzeptionellen Denker und Akteur der Entwicklung seines Landes und seiner Region machen. Über die Politik von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für eigene Bürger im Ausland und über die Nachhaltigkeit

von Programmen und Projekten, die hauptsächlich in den Zentralen der Geldgeber initiiert wurden hinaus, sollte künftig die Suche nach Entwicklungseffizienz der Entwicklungszusammenarbeit den neuen Dialog zwischen Süd, Nord und Ost prägen. Die Qualität der Konzepte und Instrumentarien zur Umsetzung der Entwicklung eines Landes oder Region entscheidet mehr über die Ankurbelung der gesamten Entwicklung als die Masse der Finanzmittel, die zur Verfügung stehen, auch wenn die Reduzierung dieser Mittel dazu führen kann, kontraproduktive Effekte zu erzeugen. Die Länder Mittel- und Osteuropa werden sich größerer Finanzmittel in Form eines Marshallplanes erfreuen können, denn für die EU geht es darum, das „Haus Europa“ aufzubauen. Die Wirkung des US-Beispiels für den Aufbau Westeuropas nach dem 2. Weltkrieg bleibt nachhaltig und wird positive Konsequenzen für den Aufbau Osteuropas nach sich ziehen. Der Süden, und vor allem die AKP-Länder haben es seit vierzig Jahren nicht erreicht, die Finanzierung eines solchen Planes durch die Länder des Nordens zu realisieren. Osteuropa, ähnlich wie Ostdeutschland, wird zu einer richtigen Baustelle zur Ankurbelung der Entwicklung dank massiver Finanzmittel werden. Der Süden wird und sollte dies auch nicht ändern. Im Süden sollte eher das Bewußtsein heranwachsen, daß regionale Integration zuerst mit eigenen Konzepten und Mitteln umgesetzt werden muß, um daraus eine eigene Dynamik zu erzeugen, die ausländische Finanzier zu Privatinvestition und Entwicklungszusammenarbeit in der Region anspornen könnte. Das setzt jedoch voraus, daß politische Stabilität durch eine wesentliche Verringerung von gewaltsam ausgetragenen Konflikten erreicht wird, und daß ein entscheidender politischer Wille zur Entwicklung des Landes als oberste Priorität der globalen Innen- und Regionalpolitik der Staaten des Südens gilt. Entwicklung ist nur möglich, wenn Bürger und Regierungen dieser Länder Vertrauen in sich selbst schöpfen und diese Aufgabe als ihre ureigenste und nicht als bloßen Aspekt der internationalen Beziehungen in Form der Entwicklungszusammenarbeit betrachten.

In den Ländern des Nordens und der EU sollte aber auch das Bewußtsein heranwachsen, daß eine gelungene Entwicklung in den Ländern des Südens keine Bedrohung für den Norden, sondern eine stimulierende Partnerschaft auch in der Wirtschaft zur Folge haben wird. Je reicher und zahlungskräftiger ein Wirtschaftspartner ist, desto enger und ertragreicher gestalten sich die Beziehungen. Das Unterbewußtsein der Bürger und Entscheidungsträger des Norden sollte von dieser Feststellung auch in den Beziehungen mit dem Süden geprägt werden.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft innerhalb der EU, in den Ländern des Südens und des Osten, ein in Gang zu setzender Dialog und die Erkenntnis neuer Faktoren zur Entwicklungseffizienz der Entwicklungszusammenarbeit können die Bedrohung der Vernachlässigung und Marginalisierung des Südens verringern und die Chancen für eine auf

eigene Kräfte zunächst bauende und dann auf internationale Zusammenarbeit stützende Entwicklung erhöhen. Dieser neue Trend verdient es, kritisch verfolgt zu werden.